

Fremdbestimmte Freiheit

30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Trennung zwischen Ost und West nicht beendet. Eher im Gegenteil: Gerade in politischen Fragen sind die Differenzen in letzter Zeit gewachsen zwischen dem ehemals sozialistischen Osten und dem früher wie heute kapitalistischen Westen. Vor Ort in Ungarn und Ostdeutschland erforschen **Chris Hann** und seine Mitarbeiterinnen vom **Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung** in Halle die Gründe dafür.

TEXT JEANNETTE GODDAR

Wer Elisabeth Köditz bei ihrer Feldforschung besucht, nimmt in Gera die Tramlinie 3, die den Plattenbaubezirk Bieblach-Ost im Nordosten mit dem Plattenbaubezirk Lusan im Südwesten verbindet. Vorbei an den Gera Arcaden, Tätowier- und Sonnenstudios, einem Demokratieladen und dem „Café Kanzler“ geht es nach Lusan.

45 000 Menschen lebten hier in der Spätphase der DDR, fertigten für Carl Zeiss Jena Rüstungstechnik, bauten bei der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut Uranerz ab oder lieferten für den Volkseigenen Betrieb (VEB) Textilmaschinenbau der Kleidungsbranche zu. Das in der Bundesrepublik weitgehend unbeschriebene Gera war, gemessen an anderen DDR-Bezirken, eine Hochburg der Industrialisierung. Jedes Mal, wenn ein Betrieb eröffnete, wurden neue Wohnungen gebaut; allein in Lusan hält die Tram siebenmal.

Für einen sonnigen Tag zur Mittagszeit ist es fast gespenstisch ruhig.

„Hier leben nur noch halb so viele Menschen wie in den 1980er-Jahren“, sagt Köditz, als die Tram ein verlassenes Gebäude passiert, eine von zwei weiterführenden Schulen, die in den 1990er-Jahren schließen mussten. Wie es wohl war, Abitur zu machen in einer Umgebung, in der man zusah, wie immer mehr Nachbarn in den Westen zogen – oder in die Innenstadt, in Wohnungen, die Menschen abgegeben hatten, die bereits weg waren? Die Doktorandin am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle wird es herausfinden – sie hat Kontakt zu einem Absolventen der 1990er-Jahre. Und sie hat Kontakt zu einem Architekten, der den „Rückbau“ der Plattenbauten organisiert und dessen Vater den Aufbau plante.

Wie es sich in den Häusern lebt, deren Modelle P1, P2, QP oder WBS 70 jedem in der DDR ein Begriff waren, erlebt sie auch nach Feierabend. Wenige

Imagewandel:
Zu DDR-Zeiten waren Plattenbausiedlungen wie Gera-Lusan beliebte Wohnviertel. Nach der Wende sank die Nachfrage, einige Häuser wurden abgerissen, die übrigen saniert.





Feldforscherin in Zwickau: Katerina Ivanova untersucht, wie sich die Umbrüche in der Wirtschaft nach der Wende bis heute auf die Menschen auswirken.

Meter von der Wendeschleife der Linie 3, in Lusans letzter Häuserreihe, hat sie eine Eineinhalbraumwohnung bezogen. In ihrem Plattenbau gibt es, was im Osten – in einer Mischung aus Marketing und Anpassung an den demografischen Wandel – nicht so selten ist: eine Concierge. Von 9 bis 17 Uhr können Bewohner hier Getränke bestellen, den Partykeller buchen – oder sich, was Elisabeth Köditz gleich nach ihrem Einzug getan hat, nach Freizeitaktivitäten erkundigen. So lernte sie eine Runde kennen, die nun den Kern ihrer Forschung bildet; acht Frauen, mit denen sie sich jeden Dienstag zum Romméspielen trifft und zu Gesprächen. Während ihr Smartphone, natürlich mit Einverständnis der Frauen, das Gesagte aufzeichnet.

Ortswechsel ins sächsische Zwickau, 40 Kilometer südöstlich von Gera. Katerina Ivanova, ebenfalls Doktorandin am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, ist nach einem Master in Sozialanthropologie von Bratislava hierhergezogen. Anders als Köditz, nähert sich Ivanova den Umbrüchen der vergangenen 30 Jahre aus ökonomischem Blickwinkel. Man könnte auch sagen: aus der Klassenperspektive.

» Die frühere Normalität wurde abgelöst von einer Zeit, in der Menschen das Sagen bekamen, die kurz zuvor noch in einem anderen Land – der alten Bundesrepublik – gelebt hatten.

Die gebürtige Weißrussin spricht mit Mitarbeitern der Autoindustrie; mit solchen, die beim VEB Sachsenring Trabant bauten ebenso wie mit Menschen, die heute bei Volkswagen oder in einem Zulieferbetrieb tätig sind. „Ich will erfahren, wie die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Automobilindustrie den enormen Wandel seit dem Ende der DDR erlebt haben – und wie sie ihre Position heute bewerten“, sagt sie, „in ihren Arbeitsbeziehungen, aber auch in der Gesellschaft. Beides ist, stelle ich fest, eng miteinander verknüpft.“

SACHSEN UND NIEDERSACHSEN SIND NICHT GLEICHGESTELLT

Für ihre Forschung hat Ivanova einen Ort gewählt, an dem die DDR-Wirtschaft nach der Wende nicht durch ein großes Nichts ersetzt wurde. Mit viel Symbolkraft aufgeladen rollte in Zwickau zusammen mit der letzten Trabant-Modellreihe im Mai 1990 der erste VW Polo vom Band. Heute steht auf dem Gelände ein Fahrzeugwerk, das an jedem Arbeitstag über 1300 Volkswagen fertigstellen kann. Inklusive der Zulieferbetriebe hat Zwickau 40000 Beschäftigte in der Autoindustrie und gilt als Vorzeigemodell postsozialistischer Transformation.

Nur: Die, mit denen Ivanova spricht, erzählen oft keine Geschichte, die sie gerne vorzeigen. Sondern eine, die von

Erinnerungen an ein System geprägt ist, das sie als Normalität empfanden. Und das abgelöst wurde von einer Zeit, in der Menschen das Sagen bekamen, die noch kurz zuvor in einem anderen Land – der alten Bundesrepublik – gelebt hatten. „Fast alle haben negative Erinnerungen an die 1990er-Jahre“, sagt Ivanova. Weil sie von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder vorzeitigem Ruhestand betroffen waren, häufig aber auch, weil sie die Freiheit und Demokratie, die 1989 vor allem auf den Straßen von Ostberlin und Leipzig erkämpft wurden, mit einem Gefühl der Fremdbestimmung verknüpften.

„Natürlich finden sie die Vereinigung nicht per se schlecht“, erzählt Ivanova. „Dennoch berichten viele, dass fortan Menschen aus dem Westen ihr Leben bestimmten – weil sie ihnen erklärten, welche Ausbildung etwas wert ist und welche nicht. Oder weil sie versuchten, schnelle Profite zu machen mit Versicherungen, die niemand brauchte, oder mit Autos, die in den alten Ländern niemand mehr fahren wollte.“

Auch die Treuhandanstalt, die zwischen 1990 und 1994 mehr als 20000 ostdeutsche Unternehmen privatisierte, an die Alteigentümer zurückgab oder stilllegte, prägte die Erinnerungen. „Mein Eindruck ist, dass deren Arbeit als ebenso korrupt wie kolonialisierend empfunden wurde“, so Ivanova. All das

Rechts Autobau in Zwickau: 1989 liefen beim VEB Sachsenring noch die legendären „Trabbis“ vom Band. Die Beschäftigten montierten viele Teile von Hand.

Unten Die VW Golf im Nachfolgewerk des Volkswagenkonzerns werden heute großteils automatisiert gefertigt.





Oben Gemeinsam in der Brigade:
In der DDR hatte Arbeit eine stark soziale Funktion. Geburtstage wurden selbstverständlich im Betrieb mit Kolleginnen und Kollegen gefeiert.

Links Einsam in der Platte:
Ab Ende der 1990er-Jahre weitete sich der Leerstand in Gera-Lusan und anderen Plattenbausiedlungen aus. In diesem Haus waren die Mieter mit der Wäsche auf dem Balkon die letzten verbliebenen Bewohner.

» Nach dem sozialistischen Verständnis leistet jedes Subjekt einen kleinen Beitrag zum Kollektiv. Das hat sich nach der Wende auch für jene verändert, die Arbeit fanden.

habe zu dem Gefühl geführt, Bürger zweiter Klasse zu sein.

Und heute, bald 30 Jahre später? Die Gleichstellung zwischen denen, die in Sachsen, und jenen, die in Niedersachsen arbeiten, ist immer noch Thema. Öffentlichkeitswirksam deutlich wurde das im Mai 2019, als Vertrauensleute der IG Metall dem VW-Vorstand einen Schuldschein übergaben, darauf notiert: 16 Millionen Arbeitsstunden, die VW-Beschäftigte in Zwickau durch die tarifvertraglich festgeschriebene höhere Wochenarbeitszeit seit 1990 mehr arbeiten mussten als ihre Kollegen in den westlichen Bundesländern.

JEDER WILL ANERKENNUNG FÜR DAS, WAS ER LEISTET

Und so sei, berichtet Ivanova, das Verhältnis zu Volkswagen durchaus ambivalent: „Einerseits wissen die Leute, dass die Lage ohne VW weit schlechter wäre. Andererseits erleben sie die Ungleichbehandlung als Zurücksetzung.“ Immer wieder höre sie zudem, dass die Führungsetagen nach wie vor westdeutsch besetzt seien – „nicht selten mit Mitarbeitern, die nur für ein paar Jahre zwecks Karriereförderung nach Zwickau kommen“.

Im Verlauf ihrer Forschung wird Ivanova sich fragen, inwieweit all das mitverantwortlich ist für das Erstarken von Nationalismus und ethnischer Abgrenzung und wie sehr es dem Erfolg einer rechtspopulistischen Partei den Boden bereitet hat: „Meine These ist, dass in Ostdeutschland eine gewisse ökonomische Enteignung auf sehr besondere kulturelle und historische Bedingungen trifft: auf kollektive Erinne-

rungen an den Sozialismus, negative Erfahrungen nach der Wende und ein bis heute herrschendes Gefühl, vom Westen dominiert zu werden.“

Die Hoffnung, Antworten auf das Erstarken der AfD zu finden, verbindet die beiden Promovierenden. Elisabeth Köditz zog es zu einer Kundgebung der AfD in Erfurt, kurz nachdem diese 2014 mit rund jeder zehnten thüringischen Stimme in den Landtag eingezogen war – nicht als Demonstrierende, sondern als Fragende. „Ich spürte, dass in meiner Umgebung etwas gärt. Ich wollte verstehen, was das ist“, erzählt sie. „Wie konnte ich das besser herausbekommen, als mit den Menschen zu sprechen?“ Der Tag markiert im Grunde den Beginn der teilnehmenden Beobachtung, die Köditz heute in Gera und Ivanova in Zwickau praktizieren.

Für den Max-Planck-Direktor Chris Hann ist teilnehmende Beobachtung die wichtigste Methode sozialer Anthropologie. Entwickelt hat sie vor allem der polnische Ethnologe Bronislaw Malinowski, der vor genau 100 Jahren längere Zeit auf den zu Neuguinea gehörenden Trobriand-Inseln forschte. Zentrales Merkmal teilnehmender Beobachtung sei, sagt Hann, „möglichst weitgehend so zu leben wie die Menschen vor Ort und sie so nah in ihrem Alltag und ihren Arbeitsbeziehungen zu beobachten, wie sie es zulassen“. Ohne, fügt er hinzu, sich mit ihnen zu identifizieren: „Das Geheimnis ist, Empathie zu entwickeln, ohne einem *going native* zu verfallen.“

Ob eine teilnehmende Beobachtung im Südpazifik oder in Ostdeutschland erfolgt, sei dabei im Grunde nicht erheblich: „Natürlich unterscheiden sich

Feldforscherin in Gera: Elisabeth Köditz sucht nach Ursachen für das Erstarken der AfD in Ostdeutschland.



Gera und Zwickau sehr von Neuguinea vor 100 Jahren“, erklärt er, „doch auch eine *anthropology at home* hat in unserem Fach Tradition.“ Entscheidend sei, die theoretische Basis auch dann immer wieder zu hinterfragen, wenn diese – wie etwa das Anerkennungskonzept des Sozialphilosophen Axel Honneth – explizit aus der europäischen Ideengeschichte stammt und man zugleich in Europa forscht.

Für Honneth, den ehemaligen Leiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, ist eine zentrale Dimension der Anerkennung das Bedürfnis von Menschen, dass das, was sie in einer Gesellschaft leisten, wertgeschätzt wird. Ergänzend lässt sich Karl Marx' Idee des Reproduktionsprozesses einbeziehen, wonach zu jeder Produktion die Reproduktion als stete Wiederherstellung der Ausgangsbedingungen der Produzie-



Langzeitbeobachter in Ungarn: Chris Hann hat miterlebt, welche Hoffnungen auf dem EU-Beitritt des Landes ruhten und wie groß die Enttäuschung inzwischen ist.

renden – also der Menschen – gehört. „Wenn ich mich nicht, oder nur unzureichend, ökonomisch reproduzieren kann, ist das Missachtung. Und Missachtung ist das Gegenteil von Anerkennung“, sagt Elisabeth Köditz.

Sie kommt in ihren Gesprächen häufig auf einen Vergleich der heutigen Zeit mit jener der DDR zu sprechen. Die Frauen, mit denen sie sich zum Kartenspiel trifft, sind im Rentenalter; den größeren Teil ihres Arbeitslebens waren sie in sozialistischen Betrieben tätig. Dabei stellt die Doktorandin fest, dass die Gespräche sich selten um Arbeit als Quelle von Einkommen drehen, sondern häufig um Brigaden und Kollektive, SED- oder FDJ-Betriebsgruppen, den Subbotnik – also den mehr oder minder freiwilligen Arbeitseinsatz am Sonnabend, der häufig Putz- und Aufräumzwecken diente –, den regelmäßigen Tanz mit den Kolleginnen.

„In der DDR hatte Arbeit eine stark soziale Funktion. Nicht selten hat sie weite Teile des privaten Lebens strukturiert“, so Köditz. Das fiel nach der Wende auch für jene weg, die überhaupt neue Arbeit fanden. So, erklärt die Doktorandin, habe sich mit der Abwicklung der DDR auch die Idee von Arbeit völlig gewandelt – „weg von einem sozialistischen Verständnis, in dem jedes Subjekt einen kleinen Beitrag zum Kollektiv leistet, hin zu einem Begriff von Arbeit als bürgerlich-individueller Selbstverwirklichung“.

DIE ZEIT NACH DER WENDE WURDE NIE AUFGEARBEITET

Elisabeth Köditz stammt selbst aus dem heutigen Thüringen. Als Bundesland gab es das bei ihrer Geburt noch nicht – neben vielem anderen verschwanden 1990 auch die 14 DDR-Regierungsbezirke und wurden durch fünf neue Bundesländer ersetzt. Dass sie in einem der neuen Länder aufwuchs, hilft Elisabeth Köditz bei ihrer Feldforschung. „Woher kommen Sie?“ ist häufig die erste oder zweite Frage, die mir gestellt wird“, konstatiert sie. „Im Grunde ist, obwohl ich ein Jahr vor dem Mauerfall zur Welt kam, auch mein Leben von meiner Herkunft geprägt, und zwar im Osten wie im Westen.“

Mit 19 Jahren zog Elisabeth Köditz zum Studium nach Düsseldorf. „Dort an der Uni war ich ebenfalls ‚die Ostdeutsche‘, im 21. Jahrhundert, unter Kommilitonen, die so jung waren wie ich.“ Auch das ist eine Leitfrage ihrer Forschung: „Was sind das für Werte und Erfahrungen, die da über Generationen weitergegeben werden?“

Die Recherchen der zwei Doktorandinnen passen gut in eine Zeit, in der immer augenfälliger wird, dass man das Ende der DDR nicht allein als Aufbruch in die Freiheit betrachten kann. „Aus unserer ethnologischen Sicht muss auch der Freiheitsbegriff in einen gesellschaftlichen Kontext gestellt werden“,

sagt Chris Hann. Vor diesem Hintergrund gehe es darum herauszufinden, was Freiheit für den Einzelnen konkret bedeutet: „Wie wurde sie damals, wie wird sie heute empfunden?“, erläutert der Wissenschaftler. „Und in welchem Zusammenhang steht sie mit der sozio-ökonomischen Lebenssituation?“

In der ethnologischen Betrachtung stünden nicht Philosophen wie Immanuel Kant oder Voltaire im Fokus, die für ihren Freiheitsbegriff universelle Geltung beanspruchen. Hann: „Es reicht nicht aus, allein auf Rechte und Ansprüche von Individuen zu fokussieren. Aus diesem Grund sind für uns auch Denker wie Herder und Rousseau wichtig, die sich mit dem Glück ganzer Völker, Nationen und Gemeinschaften beschäftigen.“ Weil dies oft dem vorherrschenden Gedankengut widerspreche – in der Vergangenheit dem kolonialen, heutzutage dem liberalen –, habe der neuseeländische Ethnologe Raymond Firth, der bekannteste Schüler Malinowskis, den Begriff von der Ethnologie als „unbequemer Wissenschaft“ geprägt.

Was die inzwischen längst nicht mehr „neuen“ Länder angeht, dringt in der allgemeinen (westdeutschen) Öffentlichkeit nur langsam die Erkenntnis durch, dass die mit der Wende einhergehenden Transformationen auch zu millionenfachen biografischen Brüchen führten, die in den Blick genommen werden müssen. Es brauche eine „gesamtdeutsche Aufarbeitung“ der Nachwendezeit, nebst all ihren „Demütigungen, Kränkungen und Ungerechtigkeiten“ – mit so deutlichen Worten formulierte es die sächsische Integrationsbeauftragte Petra Köpping 2018 in einem Buch, das den Titel „Integriert doch erst mal uns!“ trägt. An dieser Aufarbeitung beteiligen sich nun – natürlich neben anderen, zum Beispiel mehreren aus Ostdeutschland stammenden

Symbolischer Akt: Am 27. Juni 1989 zertrennten der ungarische Außenminister Gyula Horn (rechts) und sein österreichischer Kollege Alois Mock (links) medienwirksam den Grenzzaun. Ungarn hatte als erstes Land des Ostblocks schon im Mai die meisten Grenzanlagen abgebaut. Seit 2015 schottet sich Ungarn wieder mit Stacheldraht ab – nun nach Süden, um Migranten fernzuhalten.



Journalistinnen, die das Thema seit Jahren vorantreiben, aber erst jüngst zunehmend Gehör finden – auch die beiden Doktorandinnen des Hallenser Max-Planck-Instituts. „Damit schließen sie eine wichtige wissenschaftliche Lücke“, konstatiert Chris Hann.

DURCH ARBEITSMIGRATION ZERFALLEN VIELE FAMILIEN

Er selbst beobachtet in Ungarn, wo er seit mehr als 40 Jahren forscht, welche Folgen die Umbrüche nach dem Fall des Eisernen Vorhangs für große Teile der Bevölkerung hatten. So berichtet Hann von den Beschäftigten eines Daimler-Benz-Werks in der Provinzhauptstadt Kecskemét, die für rund ein Viertel der Löhne ihrer Kollegen in Stuttgart arbeiten. Derartige Ungleichheiten sowie der Zerfall von Familien durch Arbeitsmigration sind für Hann zentrale Gründe für die Stärke des populistischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán: „Die Menschen haben sich von dem Beitritt zur EU viel versprochen – weil ihnen auch viel versprochen wurde. Eingelöst wurde hingegen sehr wenig.“ Nach seinen Beobachtungen hat die Ausbrei-

tung eines neoliberalen Marktprinzips in Ungarn zu populistischen „Gegenbewegungen“ geführt, deren deutlichster Ausdruck die unangefochtene Mehrheit von Orbáns Partei Fidesz ist.

Für Elisabeth Köditz hat auch die Tatsache, dass die AfD im Begriff ist, sich als ostdeutsche Volkspartei zu etablieren, mit der Dominanz westdeutscher Perspektiven zu tun. Sie engagiert sich in der Initiative „Aufbruch Ost“, die 2018 vor allem von Leipziger Studierenden gegründet wurde, um AfD, Pegida & Co. nicht die Deutungshoheit zu überlassen. „Ich bin überzeugt: Ein Grund für ihren Erfolg ist, dass sie et-

was in rassistische Haltungen kanalisieren, was auf andere Weise erzählt werden müsste und könnte“, sagt Köditz.

Deswegen sei wichtig, daran zu arbeiten, dem rechtspopulistischen ein linksemanzipatorisches Narrativ gegenüberzustellen. Ist sie bei „Aufbruch Ost“, deren Mitglieder genau das versuchen, als Wissenschaftlerin aktiv? „Ich verstehe mich als engagierte Anthropologin“, antwortet sie. „Wenn ich daran mitwirken kann, neue Formate zur Anerkennung ostdeutscher Geschichten zu finden, scheint mir das sinnvoll.“◀

 www.mpg.de/podcasts/freiheit

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Mittels Feldforschung in Ostdeutschland und in der ungarischen Provinz untersuchen Ethnologen die Auswirkungen der Nachwendezeit auf die dortige Bevölkerung.
- Die verbindende Funktion, die Arbeit im sozialistischen System hatte, fiel nach der Wende weg – und damit auch das Gemeinschaftsgefühl und die Anerkennung, die ein wesentlicher Teil der Arbeitswelt gewesen waren.
- Negative Erfahrungen aus der Umbruchszeit und eine andauernde Ungleichbehandlung führen dazu, dass sich Menschen benachteiligt fühlen und mit populistischen Parteien sympathisieren.